



Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 10100 Berlin

Frau
Cansin Köktürk
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Stefan Rouenhoff MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin
Postanschrift:
10100 Berlin
Tel. +49 30 18 615-6420
BUERO-PST-RO@bmwe.bund.de
bundeswirtschaftsministerium.de

Fragestunde des Deutschen Bundestages am 6. Mai 2026

Berlin, 6. Mai 2026

Seite 1 von 2

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

namens der Bundesregierung beantworte ich die mündliche Frage wie folgt:

Frage:

Wie bringt die Bundesregierung die in ihrem Klimaschutzprogramm 2026 gesetzten Ziele zur Reduzierung von CO₂ mit ihrer Rüstungsexportpolitik in Einklang, vor dem Hintergrund, dass namenhafte Organisationen und Forschende davor warnen, dass die Auswirkungen von Kriegen und militärischen Konflikten auf den Klimawandel chronisch untererforscht sind und einen massiven Anteil am weltweiten Ausstoß an CO₂ haben – wie auch eine neue Studie der Lancaster University vom März diesen Jahres verdeutlicht, die belegt, dass durch den Krieg in Gaza bisher ca. 33 Millionen Tonnen CO₂ verursacht wurden –, und gibt es innerhalb der Bundesregierung Überlegungen dazu, sich dafür einzusetzen, dass der Export von deutschen Kriegswaffen reduziert wird, um den weltweiten Ausstoß an CO₂ zu verringern?

Antwort:

Die Bundesregierung kommt mit dem Beschluss des Klimaschutzprogramms 2026 der gesetzlichen Pflicht im Klimaschutzgesetz nach. Das Programm enthält 67 Maßnahmen, die im Jahr 2030 mehr als 25 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich einsparen, sowie 23 weitere Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau der natürlichen Senke im LULUCF-Sektor. Bei Letzterem geht es um die Bilanzierung von

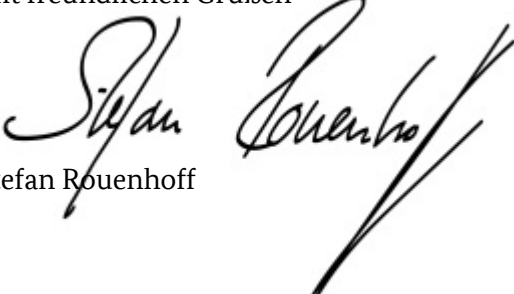


Seite 2 von 2

Treibhausgasemissionen und -senken aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (Land Use, Land-Use Change and Forestry - LULUCF).

Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen nach den rechtlichen und politischen Vorgaben.

Mit freundlichen Grüßen


Stefan Rouenhoff